

Michael Walther BIBS Fraktionsgeschäftsführer im Rat der Stadt Braunschweig Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig

0531/470-2180 michael.walther@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 02. Mai 2007

Pressemitteilung Meinungsfreiheit in Braunschweig Oberbürgermeister Hoffmann rudert zurück

Mit der Stellungnahme der Stadtverwaltung in Sachen Kunst- und Meinungsfreiheit zur Ratsitzung am 02. Mai 2007 rudert der Oberbürgermeister Dr. Hoffmann zurück, erkennt aber keine Schuld an und widerruft nichts vom schriftlich oder mündlich Erklärten.

"Es gibt keine Weisung des Oberbürgermeisters an alle städtischen Institutionen… (…) ohnehin keine schriftliche Weisung, Verfügung, Richtlinie o.ä…" Es gäbe lediglich eine generelle Anweisung, "im Interesse der Gleichmäßigkeit des Verwaltungshandelns in dieser Frage die Kriterien der Einzelfallentscheidung auf alle vergleichbar gelagerten Fällen in der Zukunft auf alle Dezernate auszuweiten."

Dass Herr Dr. Hoffmann nicht an Veranstaltungen mit Hartmut El-Kurdi teilnehmen will, ist sein gutes Recht. Doch er kann nicht anordnen (ob schriftlich oder mündlich oder wie auch immer), dass der Verwaltungschef der Stadt Braunschweig nicht mehr vertreten werden darf, wenn seine persönliche Eitelkeit beschädigt wurde. Hier fehlt nach wie vor der Abstand, eine Trennung von Person und Amt wahrzunehmen. Herr Hoffmann hat die persönliche Ebene verlassen und auf die Amtsebene erhoben - für seine persönlichen Anliegen.

Wieder versteckt sich das "Oberhaupt" hinter seinem Kulturdezernenten, statt sich öffentlich an der Kontroverse zu beteiligen und endlich einmal klar Stellung zu beziehen. Eine direkte öffentliche und persönliche Stellungnahme, die man angesichts des bundesweiten Pressechos erwartet hätte, bleibt aus.

Ratherr Pesdischek thematisierte in der Ratssitzung die Auseinandersetzung einer jeden öffentlichen Person mit ihren Entscheidungen der Vergangenheit, in Dr. Gert Hoffmanns Falle der NPD-Mitgliedschaft zwischen 1967 und 1969. Der Oberbürgermeister Dr. Hoffmann muss – so Pesdischek - mit diesem Lebensabschnitt leben müssen. Es ist die Aufgabe des Oberbürgermeisters, seine Vergangenheit aufzuarbeiten. Er wird sein Leben lang mit diesem Sachverhalt konfrontiert werden.

Herr Dr. Hoffmann teilt gern aus. Einstecken und eine Sache auf sich beruhen lassen, gehört nicht zu seinen persönlichen Stärken. In der Sache Hartmut El-

Kurdis fehlte ihm die persönliche Gelassenheit. Jetzt fehlt nach wie vor das aktive Handeln!

Ca. 200 Demonstrantinnen und Demonstranten forderten während dieses Tagungsordnungspunkte singend ein: "Die Gedanken sind frei…"

In der nachfolgenden Abstimmung wurde der BIBS-Fraktionsantrag angenommen. Dem allgemein formulierten Antrag hat auch Dr. Gert Hoffmann zugestimmt. Der Antrag gibt wieder, wie die Verwaltung zu handeln hat.

Der Antrag der BIBS-Fraktion lautete wie folgt:

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

- 1. Die Verwaltung ist angehalten, sich gegenüber Künstlerinnen und Künstlern freundlich und wohlwollend zu verhalten.
- 2. Ein Eingriff in die grundgesetzlich verbriefte Kultur- und Meinungsfreiheit, eine Zensur oder Benachteilung durch Entscheidungen der Verwaltung der Stadt Braunschweig findet nicht statt.
- 3. Die künstlerische Freiheit, Personen des öffentlichen und politischen Lebens zu kritisieren, findet ihre Grenzen im Grundgesetz und in sonstigen rechtlichen Bestimmungen. Eingriffe erfolgen ausschließlich über den Rechtsweg.